

Frontalangriff auf die Energiewende

[03.03.2026] Ein geleakter Entwurf zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sieht die Streichung der Förderung für neue private Solaranlagen und eine Pflicht zur Direktvermarktung vor. Die Solarbranche warnt vor massiven Folgen für Investitionen, Arbeitsplätze und die Klimaziele.

Ein Referentenentwurf zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sieht offenbar gravierende Einschnitte beim Ausbau privater Photovoltaikanlagen vor. Wie der [Bundesverband Solarwirtschaft \(BSW-Solar\)](#) berichtet, plant das Bundeswirtschaftsministerium unter anderem, die Förderung neuer privater Solarstromanlagen vollständig zu streichen.

Dem Verband zufolge geht aus dem geleakten Entwurf hervor, dass Betreiber neuer Photovoltaik-Kleinanlagen ihren eingespeisten Strom künftig verpflichtend direkt an der Strombörse vermarkten sollen. Eine feste EEG-Einspeisevergütung wäre damit nicht mehr vorgesehen. Der BSW-Solar wertet die Pläne als „Frontalangriff auf die Energiewende“ und warnt vor einem faktischen Ausbaustopp im Heimsegment.

Gegen Mehrheitswillen der Bevölkerung

Nach Einschätzung des Verbands würde die Errichtung neuer Dachanlagen auf Wohngebäuden weitgehend zum Erliegen kommen, sollten die Maßnahmen umgesetzt werden. Eine im Auftrag des BSW-Solar durchgeführte Umfrage des Marktforschungsunternehmens YouGov unter 1.048 Immobilienbesitzern zeigt, dass sich nur noch 40 Prozent der Befragten eine Solaranlage anschaffen würden, wenn die Förderung weitgehend oder vollständig entfielen. Zugleich ist die Nachfrage bereits deutlich gesunken: Wurden 2023 noch Anlagen mit rund acht Gigawatt Leistung auf Wohngebäuden installiert, waren es 2025 nur noch etwa fünf Gigawatt.

„Die Abschaffung der EEG-Vergütung und der Zwang zur Direktvermarktung würden die Bürger-Energiewende zum Erliegen bringen“, sagt Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des BSW-Solar. Für die Mehrheit der Betreiber sei die Einspeisevergütung weiterhin notwendig, um die Wirtschaftlichkeit ihrer Investition zu sichern. Ein Förderstopp widerspreche zudem dem Mehrheitswillen in der Bevölkerung. Rund 78 Prozent der Bürger wünschten sich laut Umfrage einen beschleunigten oder zumindest konstanten Ausbau der Solarenergie; unter Anhängern der Union liege dieser Wert sogar bei etwa 86 Prozent.

Pflicht zur Direktvermarktung kommt zu früh

Auch die geplante Pflicht zur Direktvermarktung bewertet der Verband kritisch. Die dafür erforderlichen Marktkommunikationsprozesse seien bei vielen Netzbetreibern noch nicht massentauglich umgesetzt. Zudem fehle es vielerorts an intelligenten Messsystemen, die für eine Direktvermarktung kleiner Anlagen technisch notwendig sind.

Verena Fluri vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme bestätigt diese Einschätzung. In einer kürzlich veröffentlichten Studie zur Direktvermarktung kleiner PV-Anlagen komme ihr Institut zu dem Schluss, dass die Prozesse derzeit nicht reif für eine großskalige Anwendung im Eigenheimsegment seien.

„Ein Wechsel in die Direktvermarktung würde die Wirtschaftlichkeit von PV-Kleinanlagen deutlich verschlechtern und viele neue Anlagen unwirtschaftlich machen“, so Fluri.

Da der flächendeckende Ausbau der notwendigen Infrastruktur noch Jahre in Anspruch nehmen dürfte, käme eine sofortige Verpflichtung zur Direktvermarktung nach Einschätzung des BSW-Solar einem weitgehenden Ausbaustopp gleich. Der Verband appelliert an Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU), die Pläne zu überarbeiten und auf die vorgesehenen Einschnitte zu verzichten.

(th)

Stichwörter: Photovoltaik | Solarthermie, Politik, Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar), Erneuerbare Energien Gesetz EEG